

# Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie  
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 Mark im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Versandstelle: Charlottenburg 1, Brahestraße 2-5. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647

Nummer 15

Berlin, den 9. April 1927

2. Jahrgang

## Die niederen Löhne — das verkehrte Heilmittel.

Wenn sich eine Wirtschaft, wie gegenwärtig die deutsche, in einer großen Umwälzung befindet, dann erwartet man von den Leuten, die berufsmäßig zur Beobachtung wirtschaftlicher Vorgänge verpflichtet sind, bestimmte Urteile und Vorschläge. Namentlich die Arbeitslosigkeit ist ein Problem, das zu erforschen die Wissenschaft berufen ist. Da ist es interessant, einige Vorschläge zur Beseitigung unserer Wirtschaftskrise zu verfolgen, die von Wissenschaftlern von Rang und Ruf gemacht werden. Besonders ist es die Stellungnahme, die der schwedische Volkswirtschaftler, Professor Cassel, einnimmt. Diese wird auch von deutschen Gelehrten vertreten. Bezeichnend dafür ist ein Artikel von Joseph Schumpeter, den dieser in Nr. 24 des „Deutschen Volkswirt“ veröffentlicht.

In einer Artikelserie der „Sozialen Praxis“ untersucht Cassel zunächst die Gründe für die allgemeine Arbeitslosigkeit und findet, daß die gegenwärtige Lohnhöhe die Hauptschuld trage, weil sie den tatsächlichen Angebot- und Nachfrageverhältnissen auf dem Arbeitsmarkte nicht entspreche. Hier aber müßte freieste Konkurrenz herrschen. Die Anpassung der Lohnhöhe an den Markt dürfe weder durch staatliche Arbeitslosenunterstützung noch durch die Lohnpolitik der Gewerkschaften gehemmt werden. Wirtschaftlich gesehen, hätten überhaupt nur die Gewerkschaften Erleichterung, die ihre arbeitslosen Mitglieder allein unterstützen. Die anderen Gewerkschaften nennt er „monopolistisch“. Der einzige wirksame Weg zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit sei somit weitgehend die Lohnermäßigung. Um diese Notwendigkeit komme man auch durch öffentliche Notstandsarbeiten nicht herum; denn diese bedeuten nur eine Verchiebung der Arbeitslosigkeit; das für sie verwendete Kapital müßte ja an anderer Stelle, wo es bereits arbeite, weggenommen werden — im ganzen würde also nichts gebessert, die Arbeitslosigkeit im alten Umfange bestehen bleiben. Diese ausschließlich gegen Arbeitnehmer und Gewerkschaften gerichtete Theorie ergänzte erst Cassel, nachdem er von den Kollegen Frits Tarnow und Professor Lederer auf die unsoziale Einseitigkeit seiner Argumentation öffentlich hingewiesen war. Er fügte dann als weitere Mittel hinzu: die Senkung der industriellen Preise durch Erhöhung und Verbilligung der Produktion und die staatliche Förderung der Auswanderung.

Was ist kritisch hierzu zu sagen? Das volkswirtschaftliche Ziel, das Cassel vorschwebte, ist das alte manchesterliche, das schon Adam Smith herausstellte: größtmögliche Sachgütervermehrung. Als Mittel hierzu fällt ihm aber nichts anderes ein, als die freie Konkurrenz.

Da ist zu untersuchen: 1. Führt diese notwendig zum Cassel'schen Ziel? Der in freier Marktbildung entstehende Lohn müßte ungeheuer tief sein. Das führte zweifellos zu einer entscheidenden Leistungsschwächung. Die Erwerbslosen haben natürlich kein Interesse daran, in intensive Arbeit für einen Lohn zu treten, der höchstwahrscheinlich unterhalb ihrer jetzigen Unterstützung läge. Genau so wenig, wie ja auch die Unternehmer rationalisieren, ohne Aussicht auf höhere Profite. Das aber ist das Entscheidende, was Cassel übersehen und was altliberale, manchesterliche Methoden in der Gegenwart unüberwindbar macht, daß unsere soziale Schichtung und Kraftverteilung zu dem Profitinteresse noch das Lohninteresse als zweiten entscheidenden Faktor für das Gedeihen der kapitalistischen Wirtschaft hinzusetzt. Damit hängt auch zusammen, was Cassel konsequenterweise ebenfalls übersehen hat, daß die Bedeutung der Arbeitnehmer für den Absatz der Waren größer ist, als etwa vor 100 Jahren; weil eben heute über 70 Proz. der ausschlaggebenden Konsumanten Arbeitnehmer sind. Wenn also Cassel auf der einen Seite Erweiterung des Produktionsumfanges verlangt, so kann er nicht auf der anderen Seite einer generellen und ganz grotesken Lohnherabsetzung das Wort reden. Cassel glaubt diesen Einwand mit dem Hinweis abzutun, den er ebenfalls einem ganz alten Zweig der alten liberalen Schule entnimmt: daß jede Produktion sich ihren Absatz selbst schafft. Das ist natürlich so allgemein eine Phrase und längst theoretisch widerlegt. Die Produktion schafft sich nur dann ihren Absatz selbst, wenn die Verteilung der Kaufkraft innerhalb der Bevölkerung richtig ist, also in unserem Falle ein zur Produktionskapazität im richtigen Verhältnisse stehender Lohn gezahlt wird.

Aber ebensowenig, wie es in der deutschen Wirtschaft eine festumgrenzte Gesamtlohnsumme gibt, die nur die niedrigsten Löhne gestattet, gibt es einen unveränderlichen Kapitalfonds. Mit anderen Worten: Notstandsarbeiten sind sehr wohl in der Lage, Arbeitslosigkeit zu verringern; denn

a) der für Notstandsarbeiten sorgende Staat zieht falsch — etwa in der Würfelspekulation — angelegtes Kapital in die Sphäre der Produktion; b) durch Notstandsarbeiten kann Kapital aus Industrien, die wenige Arbeiter beschäftigen, künstlich in solche geleitet werden, in denen viele Arbeiter tätig sind; c) Notstandsarbeiten fördern und bewirken Kapitalbildung in Zeiten, wo die Unternehmerinitiative geschwächt ist oder in Industriezweigen, wo viele aus irgendwelchen Gründen fehlen; d) Notstandsarbeiten endlich regen Konjunktur an, beschleunigen ihr Kommen und beschaffen das hierzu erforderliche Kapital durch Vorwegnahme der nationalen Kapitalbildung (Auslandsanleihen, allgemeine Kredite).

Das sind vier Fälle, in denen die Notstandsarbeiten nicht nur die Arbeitslosigkeit verringern, sondern positiv verringern. Wichtig ist natürlich der Vorschlag Cassels, daß die Industriepreise gesenkt werden müssen. Aber abgesehen davon, daß er, wie gesagt, sehr spät gemacht wird, kommt Cassel nicht die Einsicht, daß gerade die künstliche Hochhaltung der Industriepreise, im Zusammenhang mit Rationalisierungsmaßnahmen, die massenhafte Arbeitslosigkeit hauptsächlich erzeugt hat.

Und dann der Vorschlag der staatlichen Förderung der Auswanderung. Auch er ist wertlos und rein theoretisch, so recht professoral; er überläßt ganz die gesetzlich

und anderen Hemmungen, die einer Auswanderung im großen Stile einstweilen entgegenstehen. Man kann zusammenfassend sagen: Cassels Vorschläge führen sicherlich nicht zu dem liberalen Ziel verstärkter Sachgüterbeschaffung.

2. Wir als Arbeitnehmer müssen uns aber weiter fragen: Ist dieses von allen bürgerlichen Nationalökonomien akzeptierte Ziel bindend für unser praktisches Handeln? Wir glauben nicht. Mit Recht sagt u. E. R. Wilbrandt: „... es ist die Frage, ob unbedingt die Steigerung der Produktmenge vorangestellt werden müsse gegenüber anderen Wünschen, die dem Menschen schließlich wichtiger sein mögen.“ Das heißt, auf unseren Fall angewandt: Wenn die Arbeitnehmer den heutigen Zustand, der zwar mit großer Arbeitslosigkeit verknüpft ist, aber den Arbeitenden wenigstens Löhne garantiert, die im allgemeinen über die Erwerbslosenunterstützung hinausgehen, einem Zustand vorziehen, wie ihn Cassel wünscht: keine oder geringe Arbeitslosigkeit, dafür aber einen Lohn, der noch unter der heutigen Unterstützung liegt; dann ist hiergegen aus keinem, aber auch aus gar keinem Gesichtspunkt etwas einzuwenden, selbst wenn man der eigenartigen Ansicht wäre, die Schandlöhne, die Cassel für nötig hält, würden den Gesamtgütervorrat vergrößern.

Man sieht, die Vorschläge Cassels und Schumpeters zur Behebung unserer Wirtschaftskrise haben für uns Arbeitnehmer überhaupt keine Bedeutung, sie führen auch nicht zum Ziel und sind im höchsten Grade unsozial. Professor Lederer hat völlig recht, wenn er in seiner Kritik über Cassel von einer „gefühllosen“ und „roher“ Denkwiese spricht, deren Durchführung „das größte Elend, Hungertod, gesteigerte Sterblichkeit, Selbstmord-epidemien im Gefolge hätte.“

Wie obige Zeilen zeigen, haben wir alle Ursache, der bürgerlichen Wissenschaft mit Mißtrauen zu begegnen. Hier muß eine proletarische Wirtschaftswissenschaft von den Gewerkschaften entgegengesetzt werden.

## Fabrikviertel.

Abseits von dem Luxusleben,  
fern von Ueberfluß und Glanz  
Seht ihr sie zum Himmel streben,  
Die Gebäude der Fabrik.  
Höher baut sich Stein auf Stein  
Und kreist alles Leben ein.

Immer höher, immer weiter  
Deht und wölbt sich Dach und Schlot,  
Und ist auch der Himmel heiter,  
Drunten ist die hitte Not.  
Selten fällt ein Sonnenstrahl  
In den rauchgeschwärmten Saal.

Wenn sie alle stehen müssen,  
Stahlgeschöpfe ohne Sinn,  
Geht der Mensch auf tauenden Füßen  
Massendicht am Plaster hin.  
Wo das Leben mühsam karret,  
Sind die Menschen rauh und hart.

Glaubt nicht, daß sie so vergehen,  
Ohne Liebe, niedrig, klein —  
Seht, wie sie zusammenstehen,  
Jeder will der Erste sein,  
Vornebrun im edlen Streit,  
Um das Ziel der Menschlichkeit.

B. P. in.

## Verschärfter Kampf gegen Ueberarbeit.

Die bürgerlichen Reichstagsparteien können über ihr Kompromiß zum Notgesetz über den Achtstundentag noch nicht froh sein. Sie haben zu erwarten, daß sie ihre Arbeiterwähler nicht hinter sich behalten, wenn der Entwurf tatsächlich Gesetz werden sollte. Aber nicht nur mit diesen Parteien haben sie zu rechnen, sondern auch damit, daß durch ein so geartetes Gesetz der Kampf um die Arbeitszeit nicht gebannt wird. Die Industriellen, Bergherren, Agrarier und Unternehmer anderer Kategorien hätten weiter Arbeitszeitkämpfe zu erwarten, die der Wirtschaft im allgemeinen nicht dienlich wären, denn letzten Endes soll doch ein derartiges Gesetz nicht die wirtschaftlichen Schwierigkeiten vermehren, sondern vermindern.

Die Gewerkschaften, mit Ausnahme der christlichen, sehen die schlimmen Folgen, die durch ein Gesetz in der Form entstehen würden, voraus und machen mit Nachdruck darauf aufmerksam. Sie erheben ihre warnende Stimme und geben öffentlich bekannt, daß sie den neuen Arbeitszeit-Notgesetzentwurf entschieden ablehnen.

Die Erklärung, die die Epigenorganisationen gefaßt haben, hat folgenden Wortlaut:

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Gewerkschaftsrings deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes erklären nach Prüfung des zwischen den Regierungsparteien vereinbarten Entwurfs eines Gesetzes zur Abänderung der Arbeitszeiterordnung, daß der neue Entwurf von den Gewerkschaften ebenso entschieden abgelehnt werden muß, wie der am 26. Februar veröffentlichte Vorentwurf.

Während die Gewerkschaften die Wiederherstellung des Achtstundentages fordern, begnügt sich der Regierungsentwurf damit, die Ueberarbeitung des Achtstundentages einzuschränken.

Au den für die regelmäßige Ueberarbeitung des Achtstundentages entscheidenden Bestimmungen der Arbeitszeiterordnung will der Entwurf nichts ändern.

Aber selbst die Ueberarbeitung des Achtstundentages soll auch künftig in weitgehendem Maße zulässig sein und in sehr vielen Fällen ohne vorausgehende behördliche Genehmigung einzig von der Entscheidung des Unternehmers abhängen.

Gegenüber diesen Absichten erklären die unterzeichneten Vorstände erneut, daß es das Lebensinteresse der Arbeitnehmer und die wachsende Not der Millionen Arbeitsloser erfordern, der Verlängerung der Arbeitszeit über 8 Stunden täglich mit allen Kräften entgegenzutreten.

Sie fordern deshalb die deutsche Arbeitnehmerschaft auf, der Parole ihrer Verbände zu folgen und die Leistung von Ueberzeitarbeit fortan aus eigenem Entschluß abzulehnen.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.  
Allgemeiner freier Angestellten-Bund.  
Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-Gewerkschaften.

Wenn dieser Hinweis nicht beachtet würde, dann hätten die Macher des Gesetzes die ganze Verantwortung zu tragen. Die organisierte Arbeiterschaft ist zum Kampfe bereit!

## Einige Hinweise zum Arbeitsgerichts-gesetz.

Mit dem 1. Juli 1927 wird das neue Arbeitsgerichts-gesetz in Kraft treten. Es soll den Anfang bilden zu einer Vereinheitlichung des ganzen Arbeitsrechtes. Da ist es besondere Aufgabe der Betriebsräte, sich mit den Bestimmungen vertraut zu machen. Soweit handwerkliche Betriebe in Betracht kommen, schreibt das Gesetz zwingend die Bildung besonderer Handwerkskammern vor. Im übrigen gehören alle Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis in Zukunft vor die Arbeitsgerichte, selbst wenn der Streit nur einen losen Zusammenhang mit dem Arbeitsvertrag hat.

Neu ist in diesem Zusammenhang, daß auch die Gewerkschaften künftig als Korporation, d. h. als Vereinigung, das Recht der Klageerhebung haben. Ebenso ist das Klagerrecht des Betriebsrates erweitert, als Vertreter einer Korporation, in diesem Falle als Vertreter der Belegschaft.

Das Gesetz läßt zu, die Streitigkeiten aus dem Arbeits- und Tarifvertrag von den neuen Arbeitsgerichten wegzunehmen und vor tarifliche Schiedsgerichte zu bringen. In der Regel scheint es nicht angebracht, die Tarifparteien mit einer solchen juristischen Mehrarbeit zu belasten. Wo es aber dennoch geschieht, hat der Betriebsrat die Aufgabe, diese Bestimmung genau im Auge zu behalten.

Besondere Einzelheiten bedürfen eines genaueren Studiums der ganzen Materie. Bisher war es rechtens, z. B. in Streitfällen betr. den Entlassungsschutz von Betriebsratsmitgliedern in erster Instanz an den bisherigen Arbeitsgerichten endgültig zu entscheiden. In wichtigen Fällen ist heute eine Berufungsmöglichkeit nach dem neuen Gesetz, §§ 8 und 66 usw., gegeben.

In vielen Fällen werden gerade Betriebsratsmitglieder künftig, mit einer Prozeßvollmacht ihrer Organisation ausgerüstet, den Verband an den Arbeitsgerichten vertreten. Hier muß besonders darauf hingewiesen werden, daß eine Freistellung von der Arbeit nur dann zulässig sein wird, wenn es sich um Streitigkeiten und Vertretung der eigenen Belegschaftsmitglieder handelt. Für die Vertretung von Verbandskollegen aus fremden Betrieben muß der Betriebsrat seine Freiheit benutzen. Urlaub verlangen kann er zu diesem Zweck nicht! Also Achtung!

## Eine Grenze hat Tyrannenmacht!

Unter entsetzlichen Verhältnissen leiden die Perlenglasschleifer des Negergebirges in der Tschschoklawalei. Die Not ist ganz ungeheuerlich und die Schilderungen, die unter unergieblicher Franz Grundmann entworfen hat, zeigen uns die Lebenshaltung der Glasschleifer, die mit einem Drama verglichen werden können, wie es entsetzlicher sich nimmer zeigen dürfte. Seit mehr denn 30 Jahren bemühen sich die Arbeiter und deren Organisation, um gerechte Verhältnisse für diesen Industriezweig zu schaffen. Wie oft ist darauf hingewiesen, daß die Arbeiter und die Industrie vor einer ungeheuren Katastrophe stehen; aber weder die Industriellen noch die Regierung oder das Parlament haben die Lunge erübt angenommen. Die frühere k. k. Regierung in Oesterreich und ebenso die Regierung der jetzigen Tschschoklawalei haben sich niemals ernstlich bemüht, den Dingen auf den Grund zu gehen. In und nach wurde in den Glasschleifereien gearbeitet. Die kostbarsten Bijouterieartikel wurden hergestellt, aber das Elend der Schleifer blieb sprichwörtlich. Wer die Schleifereien durchwandert hat, wer die lange Arbeitszeit kennt, dann wieder langes Aussehen der Arbeit, wer die bohrtwangigen Gestalten der Glasschleifer, der jungen Mädchen und Frauen kennt, der kann sich eine Vorstellung von dem ungeheuren Elend machen, das sich in diesem Elendgebiet, das von der Natur so schön ausgestattet ist, zeigt.

Die Glasschleifer haben sich in den letzten Jahren immer mehr von der Maschine bedroht. Die mit der Hand geschliffenen Bijouteriewaren zeigten eine unabwehrbare Bracht, einen Glanz, wie man ihn schöner nicht finden kann; aber die Ware war trotz der langen Arbeitszeit, trotz Ausbeutung der Arbeiter, leider zu teuer. An die Stelle des gelehrten handernden Arbeiters trat die Maschine. Die Glasschleiferei wurde durch die Schmirgelindustrie verdrängt. Die Maschine machte zwar elenden Miß, aber die Ware wurde für wenige Pfennige auf den Markt geworfen und Tausende von fleißigen Glasschleifern wurden auf die Straße geworfen. Generationen hindurch steigerte sich die Kunstfertigkeit der Glasschleifer; die Maschine hat die Kunst vernichtet, die Arbeiter wurden auf die Straße geworfen; niemand fragte, was aus den hungrigen Jammergestalten wird. So mußte kommen, was nun eingetreten ist: die Katastrophe.

Nachdem der Weltkrieger der Negergebirgsschleifer durch die sogenannte Schmirgelware auf Spiel gesetzt war, suchten gewissenlose Händler Absatz für die billigen Artikel, und sie fanden diesen. Die Kaufkraft ist überall gesunken, und deshalb auch das Nachlassen der Nachfrage für die kostbaren Bijouterieartikel, die mit der Hand geschliffen werden.

Rechtlich haben sich die beiden Organisationen der Glasarbeiter, sowohl die deutsche wie die tschechische, seit langen Jahren bewußt, Wandel zu schaffen. In den letzten Wochen hat das Gland von Tag zu Tag. Demonstrationen wurden einberufen und ein sofortiges Eingreifen der Regierung verlangt. Viele tausend Glasarbeiter zogen auf die Straße, sie sahen nur das Gland ihrer Frauen und Kinder, sie sahen, daß sie langsam aber sicher dahin stehen, sie konnten nur den Hunger und verlangten Arbeit — Brot für sich und die ihren. Noch einmal wurde gefordert, daß die Regierung sofort eingreift und ein Verbot der Schmirgelwareherstellung erlasse, wenn mindestens aber eine Uebergangszeit geschaffen werde, damit die Tausende von Familien nicht dauernd die Straße beschickern; denn zur Herstellung der Schmirgelware benötigt der Erzeuger die kunstgeübten Arbeiterhände nicht mehr, hier arbeitet Maschine und Form.

Den Demonstrationsveranstaltungen folgten Aussperrungen, Streiks, denen sich Sympathietreiks anschloßen. Die letzte Woche schloß in Ruhe ab, aber der Stein war ins Rollen gekommen. Die Not stieg mit jedem Tag, die Sorge um das bißchen Brot trieb die Arbeiter wiederum auf die Straße. Ungefähr 1000 Mann stark zogen die Glasarbeiter von Overtanwald nach Zannwald bis Morchenstern, und lawinenartig schloßen sich die übrigen Arbeitlosen der hungernden Glasarbeiter an. Endlich waren die Betriebe, in denen Schmirgelware hergestellt wird, erreicht. Die Arbeitlosen forderten die Stilllegung der Maschinen und Einstellung der Schmirgelware. Als dies verweigert wurde, ließen sie sich dazu hinreißen, die Lager zu stürzen und die Vorräte an Schmirgelware auf die Straße zu werfen.

Die Fabrikanten schrien nach der Polizei; Gendarmerie erschien, aber auch diese war machtlos, die hungernden und emporwühlenden Arbeitermassen zurückzuhalten. Jetzt sucht man Milderungen jetztzustellen. Als von Milderungen kann keine Rede sein; denn die hungernden Glasarbeiter haben sich keine Schmirgelware angeeignet, sondern haben diesen Schand nur gestört. Die Glasarbeiter waren auf ihre Arbeit stolz, denn nur durch die Geschicklichkeit der Glasarbeiter hat die Glasbläser Industrie jenen ungeheuren Weltraum erreicht; den Glasbläsern aber lag es völlig fern, an der elenden Schmirgelware sich zu bereichern. Gewiß wurde an allen Orten durch Verwüsterung der Schmirgelware Schaden angerichtet. Die Werkzeuge und Maschinen wurden nicht berührt. In einem Zeitraum von kaum drei Stunden war alles vernichtet. Die Mut der Arbeitermassen hatte ausgetobt.

Der Vorgang im Jiergebirge ist gewiß bedauerlich, aber erklärlich; hungernde und darrende Arbeitermassen werden zum Wahnsinn getrieben, wenn ihre Wünsche nach Brot nicht erfüllt werden. Heute ruht keine Staatsaktion. Was die Staatsanwaltschaft eingreifen, müssen einige Arbeiter unter Anklage des Landfriedensbruchs gestellt und verurteilt werden, alles das hilft nichts. Wohlige Vorgänge haben sich früher bereits ereignet, haben sich jetzt abgedreht, und werden später eintreten, wenn nicht rechtzeitig durchgreifende Maßnahmen zum Schutze der Arbeiter getroffen werden. Hier gibt es nur eine Hilfe. Geht den Hungernden Brot, den Arbeitlosen Arbeit, und wenn die Industrie dies nicht ausführen kann, hat die Staatshilfe durch völlig ausreichende Erwerbslosenunterstützung einzugreifen.

Auch in Deutschland stehen wir vor ähnlichen Vorgängen. Wiederholt haben wir bei den Tarifverhandlungen darauf hingewiesen und ausgesprochen, daß das Barometer unserer Wirtschaft endlich einleichen, daß wir ebenfalls vor einer Katastrophe stehen? Trifft diese ein, dann wird sie drohender, katastrophaler als es jetzt die Vorgänge im Jiergebirge waren.

In der Glasindustrie Deutschlands? Wären wir nach der Oberstufe, die bayerische Zweige Spiegelglasindustrie steht vor der gleichen Katastrophe. Was tut unsere Regierung? Was das Parlament? Die Zweige bayerische Spiegelglasindustrie steht vor dem Untergang. Was soll mit der Arbeiterschaft werden?

### Abschluß eines neuen Rahmentarifs in der deutschen Tafelglasindustrie.

Nach 24stägigen, mit äußerster Erbitterung geführten Verhandlungen wurde für das Jahr 1927 der Rahmentarif, der die Arbeitsbedingungen der Tafelglasarbeiter regelt, abgeschlossen. Am Eingang der Verhandlungen bewährten sich die Arbeitgeber über die äußerst scharfen Artikel im „Keramischen Band“. Es mußte den Arbeitgebern gelagt werden, daß diese Artikel nur die Stimmung unserer in den Betrieben beschäftigten Kollegen wiedergeben, denn die überaus weitgehenden Forderungen der Arbeitgeber mußten tiefe Erbitterung in den

### Internationaler Glasarbeiter-Kongress in Paris.

Der Internationale Sekretär, Kollege Delzant, beruft den Internationalen Glasarbeiterkongress für die Zeit vom 10., 11., 12. und 13. August, vormittags 9 Uhr, nach Paris ein. Die Tagesordnung lautet:

1. Eröffnung des Kongresses, Wahl der verschiedenen Kommissionen.
2. Bericht des Sekretärs, Finanzbericht, Bericht der Prüfungskommission.
3. Verschmelzungsfrage.
4. Regelung der Beiträge und des Budgets.
5. Berufsfrankheiten.
6. Arbeitsbedingungen:  
a) Arbeitszeit;  
b) Hygiene und Sauberkeit bei der Arbeit;  
c) Unterdrückung des Blaus mit dem Munde.
7. Industrielle Konzentration und Regulierung der Produktion.
8. Auswanderung, Regulierung der Auswandererhilfe.
9. Internationale Tätigkeit für gegenseitigen Schutz.
10. Wahl des Exekutivkomitees, des Sekretärs und des Sitzes des Sekretärs.

Als Delegierte zu diesem Kongress sind folgende Kollegen bestimmt: Vom Hauptverband in Hannover die Kollegen August Breh und Karl Müller; vom Keramischen Band die Kollegen Hermann Gräugel-Berlin, Michael Dirschel-Fürth, Emil Hoffmann-Düsseldorf, Robert Karzweil-Krassdorf i. Sa.; als Mitglied des Exekutivkomitees Emil Girbig-Berlin.

Reihen der Tafelglasarbeiter hervorrufen. Die Arbeitgeber beharrten auf allen ihren gestellten Forderungen mit dem Hinweis, daß sie doch in allen Verhandlungen der letzten Jahre schon diese Forderungen und bekanntgegeben hätten, weil nur durch Verankerung ihrer Forderungen die weitere Existenzmöglichkeit der Wandbläserbetriebe gegeben ist. Die Überführung der Sonntagsgarbei begründete man mit der fast überall üblichen Sonntagsgarbei in den Tafelglashütten in unseren Konkurrenzstaaten Belgiens und der Tschechoslowakei. Wir wiesen demgegenüber nach, daß in der jetzigen Wochenarbeitszeit an Oasen- und Saunenbetrieben trotz der beschränkten Sonntagsgarbei mehr produziert wird, als es in den Vorkriegsjahren mit der Sonntagsgarbei der Fall war. Die Arbeitskraft des Tafelglasarbeiters wird heute durch die höheren Leistungen schon derart angepannt, daß eine weitere Ausnützung derselben nur auf Kosten der Qualität erfolgen könnte. Qualitätsarbeit kann nach unserer Auffassung nur die Gewähr in sich haben, die Wandbläserbetriebe für die nächste Zukunft noch aushalten zu erhalten. Deshalb mußten wir mit aller Entschiedenheit eine weitere Ausnützung der Arbeitskraft durch Mehrleistung oder Sonntagsgarbei ablehnen. Unsere mit statistischem Material unterstützten Ausführungen konnten man nicht entkräften, und so man am zweiten Verhandlungstage die Verschlechterungen zur Sonntagsgarbei zurück. Trotz der Verordnung vom 9. 2. 1927 vertrat man auf der Arbeitgeberseite die Stellung, daß die Strecker 8 1/2 Stunden pro Tag beschäftigt werden können. Das Reichsarbeitsministerium hat aber entschieden, daß Ausnahmestimmungen nur für die Weichbleiindustrie Geltung haben, die übrigen, in der Verordnung angeführten Arbeiterkategorien ab 1. April 1927 nur in der Arbeitszeit beschäftigt werden dürfen, wie sie die Verordnung vorsieht. Die generelle Sonntagsgarbei für die Strecker, welche verlangt wurde, ist abgelehnt worden und darf notwendige Sonntagsgarbei nur dort erfolgen, wo sie nach den Ausnahmestimmungen des § 105c der Gewerbeordnung schon bisher zulässig war. Im bisherigen Tarifvertrag war eine Arbeitszeit für die Glasarbeiter bis zu 58 Stunden vorgesehen, wenn sie wirtschaftlich durch betriebliche Verhältnisse bedingt war. Im neuen Tarifvertrag ist die Arbeitszeit auf grundsätzlich 48 Stunden festgelegt worden, und darf einschließlich der Überstunden nicht mehr als 54 Stunden pro Woche gearbeitet werden. Die Überstunden müssen mit 10 Prozent Zuschlag bezahlt werden. In § 6, Abs. 3 verlangte man tatsächlich, daß für schlecht gearbeitete Waizen überhaupt keine Bezahlung zu erfolgen braucht. Demgegenüber konnten wir feststellen, daß Waizen, wo überhaupt nicht herausgeschritten werden kann, oder von denen nur sehr wenig Wertvermögen finden, nicht hergestellt werden. Arbeitsfehler durch Verschulden der Firma, falschen Trommelgang, zu heißen oder zu kalten Troggang, sowie schlechte Strecken sollten nach den Vorschlägen der Arbeitgeber überhaupt nicht berücksichtigt werden und sollten die Arbeiter allein das gesamte Risiko tragen. In dieser im letzten

Jahr oft zu Schwierigkeiten geführten Forderung mußte die Verhandlung scheitern, wenn die Arbeitgeber weiter darauf hartnäckig blieben, sie durchzusetzen. Im neuen Rahmentarif hat die alte Fassung des § 6, Abs. 3 wieder Verankerung gefunden.

Als wichtigste Forderung wurde auch diesmal wieder der Wegfall freier Wohnung, Brand und Licht verlangt unter der Hinweis, daß es in Deutschland fast überhaupt keine Industrie mehr gibt, welche derartige Soziallasten auf sich nimmt. Die Tafelglasindustrie ginge es schlechter als allen anderen Industrien, und es wäre aus diesen Gründen unbedingt anzustreben, daß die Arbeiter der Tafelglasindustrie bei ihren „hohen“ Löhnen diese Soziallasten der Industrie endlich abnehmen, damit an irgendeiner Stelle der Industrie Erleichterung geschaffen wird. In ein Nachgeben unsererseits bei diesen Forderungen der Arbeitgeber konnte nicht gedacht werden, weil alte historische Gepflogenheiten der Arbeiterschaft geraubt worden wären. Es ist deshalb auch nur zu der Vereinbarung gekommen, daß von den wenigen Betrieben, welche jetzt noch freies Licht gewähren, diese nicht mehr dazu verpflichtet sind. Durch diesen Vorschlag gelang es uns, die Mietzinslasten, welche wir in voller Höhe übernehmen sollten, so zu belassen wie sie jetzt tarifvertraglich schon festgelegt war. Durch diese Ausweg glauben wir, eine weitere Belastung für unsere Kollegen abgewehrt zu haben. Dort, wo bisher noch freies Licht gewährt wurde, dürfte es im Betriebe selbst erzeugt oder vom Betrieb gegen Vauschaltsumme von den Elektrizitätswerken bezogen werden. Es wird nun Pflicht des Betriebsrates sein die Bezahlung für die Arbeiter so bemessen zu lassen, daß möglichst eine Belastung nicht herankommt.

Urlaub wollte man in diesem Jahr gewähren, jedoch ohne Bezahlung. Man wies dabei auf den Umstand hin, daß je viele Kollegen der Tafelglasindustrie den Urlaub nicht ausgenutzt haben, sondern sich nur denfelben auszahlen ließen. An unser Ersuchen hin, dafür den Beweis zu erbringen, konnten nur einzelne Fälle angegeben werden; jedoch sollten die Ausführungen der Arbeitgeber beachtet werden, und muß überabstriche der Urlaub, wie er im Tarifvertrag festgelegt ist, angenommen werden. Die Bestimmung des vorigen Jahres, daß nur 75 Prozent bei voller Arbeitsweise als Urlaubsgeld ausbezahlt wird, ist in Wegfall gekommen, und muß der Urlaub voll gewährt und voll ausgezahlt werden.

Auch alle übrigen Forderungen der Arbeiter wurden abgewehrt und darf wohl gesagt werden, daß bei Verhandlungen vor einer unparteiischen Stelle nicht mehr herausgeholt hätte werden können. Nach den schlechten Erfahrungen der letzten Jahre mit dem RM und seiner eingeleiteten Schlichtungskammer war es die Verpflichtung der Tarifkommission, dahingehend zu wirken, einen Tarifvertrag zustande zu bringen, mit dem einigermaßen unsere Kollegenchaft in der Tafelglasindustrie zufriedengestellt ist. Der Tarifvertrag ist geschlossen worden, und mühte er unter Berücksichtigung der geradezu rigorosen Forderung der Arbeitgeber die Zustimmung der gesamten Kollegenchaft in der Tafelglasindustrie finden. Nur gilt es, dem Tarifvertrag Leben zu geben durch Ausnützung der einzelnen Bestimmungen. Nur wenn er in der Praxis angewandt wird, wie es seine Bestimmungen wollen, dann wird er auch trotz der einfindenden Mechanisierung die Gewähr in sich tragen, unseren Kollegen in den Wandbläserbetrieben ihre Existenz noch lange zu sichern. Die Schaffung des neuen Tarifvertrages muß erneut als Ansporn dienen, dem Keramischen Band alle Kräfte zur Verfügung zu stellen, damit der letzte Glasarbeiter für denselben gewonnen werden kann. Schon erneut stehen wir wieder vor der Aufkündigung der Lohnarbeit. Durch Einigkeit und Geschlossenheit in unseren Reihen muß es auch hier möglich sein, weitere Verbesserungen für die Arbeiter der deutschen Tafelglasindustrie zu schaffen.

Über unsere Forderung: Hilfsarbeiter im Tarifvertrag, wird das nächste Mal berichtet.

### Differenzen in der Silberheimer Glashütten A.-G.

Wie manche andere Gütte ist auch die Silberheimer ab Dezember 1925 bis Ende September 1926, also 7 1/2 Jahre, stillgelegt gewesen.

Statt Kriegs- und Inflationsgewinne auszunutzen, ihren Betrieb zu modernisieren und ihn konkurrenzfähig zu machen, ist man zu dem für die Arbeiterschaft traurigsten Mittel der Stilllegung geschritten.

Die Kollegen, mürbe gemacht durch die neunmonatige Erwerbslosigkeit, ermuntert durch das feste Versprechen der Werkleitung, in Zukunft nur noch einwandfreies Material zu liefern, so daß Bruch so gut wie nicht vorkommen könnte, milligten in einen 5proz. Lohnabbau und verzicht auf die bisherige Bezahlung des Bruches. Nachdem der Betrieb im Oktober v. J. wieder aufgenommen war, stellte es sich jedoch, be-

### Die Freiheit! Das Recht!

Nicht mach' uns die einzelne Schloope verlegen!  
Die fordert die Siege des Ganzen erst recht;  
Die wirkt, das wir doppelt und dreifach und regen,  
Weil lauter es ruft: Die Freiheit! Das Recht!  
Denn ewig sind dies die heiligen zwei!  
Sie halten zusammen in Trub und in Treue;  
Wo das Recht ist, da werden von selber schon Freie,  
Hab immer, wo Freie sind, walter das Recht!  
Die Freiheit! Das Recht! Freiligrath.

### Die Fabrikarbeiterin Nr. 478.

„Dein Wunsch, auf anderer Fabrik Arbeit zu bekommen, ist erfüllt worden.“  
„Du hast Fabriknummer 478.“  
„Wie, Nummer 478?“  
„Das ist ja gar nichts.“  
„Wie kommst du Maria?“  
„Auch, du bist in meinem Betrieb keine Nummer.“  
„Na, das gefällt mir nicht.“  
„Ob dir das gefällt oder nicht, alles was du erhaltst, steht unter Nummer 478. Auch bei der Lohnzahlung wird nicht der Name genannt, sondern 478 genannt.“  
„Das ist doch nicht. Ist denn meine Person nicht?“  
„Nein, die Person tritt in unserem Betrieb gar nicht ein. Ihr Mädchen heißt das ja nicht einziehen, daß ihr alle — auch du — nur eine Nummer seid.“  
„Ja, ich selbst sehe das schon ein.“  
„Nicht die Nummer ändern. Wir wäre das doch, wenn die Person wieder in den Vordergrund des Betriebes gerückt wäre. Der Betriebsleiter ordert das ja an, das dagegen kann ich als Fabrikarbeiterin nichts machen.“  
„Ja, da liegt ja gerade der Haken im Pfeffer. Ihr Mädchen heißt nicht zusammen. Jedes in Betrieb kommt besser sein.“  
„Du hast recht. Die Mädchen müssen im Akkord- und Präzisionsarbeiten und der erzielte Verdienst ist ja gering. Dem ist nicht genug. Demnach haben wir mit Abzügen zu rechnen und fortzusetzen schickt es uns von den Aufsichtspersonen in die Höhe. Eure Leistung ist zu gering, ihr könnt mehr machen, wenn ihr wollt.“  
„Na, da haben wir es ja, was ich dir gesagt habe. Du hast Nummer 478. Du wirst bewahrt, wenn du es nicht machst, wirst du auf die Straße geworfen und durch andere Mädchen ersetzt. Du bist ja nur eine Nummer.“  
„Ja, wie kann das geändert werden?“  
„Sehr einfach. Du und die anderen Mädchen, ihr müßt euch zusammenschließen im Verband. Auf einmal kann man sich nicht alle zur Fabrik hinanschließen. Zudem besteht das

Betriebsrätegesetz, daß dem Betriebsrat das Recht gibt, bei Differenzen in Akkord- und Prämienfragen und bei Entlassungen auch zu vertreten. Das war früher anders, heute geht das nicht mehr.“

„Ja, ich sehe das ein, daß wir Mädchen so dumm waren und wir müssen uns mehr um die Dinge im Arbeitsverhältnis kümmern.“

„Ganz richtig. Jetzt bist du auf dem richtigen Wege. Nur durch den Zusammenschluß im Verband kann die einzelne Arbeiterin mit der Gesamtheit wieder als Person zur Geltung kommen. Die paar Pfennige Verbandsbeiträge dürfen euch nicht abhalten, dem Verband fernzubleiben.“

„Das ist ja eine schöne Einrichtung. Ich bin entzückt und trete sofort dem Verband bei. Ich will den Beitrag gern und willig zahlen und niemals mehr dem Verband den Rücken kehren.“

„Ja, das freut mich sehr. Damit ist es aber nicht genug. Du mußt noch einen Schritt weiter gehen und mir in die Hand hinein greifen, auch auf die anderen Mädchen im Betriebe einzugehen, daß die zu derselben Auffassung kommen. Das ist es, was jetzt nur in der Gesamtheit liegt die Macht. Einigkeit macht stark.“

„Das werde ich auch tun, sobald ich morgen mit den Mädchen zusammenkomme.“

„Nun bist du auf dem richtigen Weg angelangt. Arbeite immer daran. Setze zu jeder Zeit mit, daß die Arbeitsleistung deiner Arbeitskollegen mehr gewertet, geehrt, geachtet und belohnt wird. Ihr seid die Träger der kommenden Generation, die nur gesunde, schöne und fröhliche Menschenkinder erzeugen sollen. Damit steigt der Persönlichkeitswert und kommt die einzelne wieder voll zur Geltung. Das ist der Schlüssel zur Befreiung, das, geschickt angewendet, eine scharfe Waffe zur Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen darstellt. Nun wohl an, für den Verband.“ F. Hertwig.

### Frauen, erkämpft euer Recht!

Vor 60 Jahren kam im englischen Parlament die bedeutungsvolle Bill zustande, die eine Beschränkung der Arbeitszeit der Frauen einschufte und damit von grundsätzlicher Bedeutung in der Geschichte des sozialen Fortschritts ist. Eine lange Geschichte leitete, und doch liegt das Frauenrecht noch so sehr daneben, weil sich die Frauen ihrer eigenen Not nicht noch gar nicht bewußt sind. Der englischen Arbeiterschaft fielen ihre Erfolge auch nicht einfach in den Schoß. Sie hat sich schon 1824 das allgemeine Recht auf Zusammenschluß zwischen Arbeitern und Arbeitern zu erkämpfen errungen, und all die sozialen Errungenschaften der folgenden Jahrzehnte hängen auf das engste mit dem organisatorischen Streben des englischen Proletariats zusammen.

In Deutschland entwickelte sich die proletarische Bewegung später, wie sich auch der Kapitalismus in Deutschland später entwickelt hat. Dennoch mühte die Aufklärung in der proletarischen Frauenwelt eine andere sein, als sie es ist. Wenn man die Zahl der arbeitenden Frauen in Deutschland auf vier bis fünf Millionen schätzt, dann aber nur 1/4 Million Frauen gewerkschaftlich organisiert sind, so zeigt das, daß wir von einer sozialen Gestaltung der Frauarbeit noch weit entfernt sein müssen.

### Schwester! Bruder!

Wir wollen alle Schwestern, alle Brüder sein! Das ist das Sehnen unserer Brust in dieser Weltstunde. Schwestern! Brüder! Das ist das große neue Soziale. Das ist das herrliche Morgen, dem unser Kampfen im Heute gilt.

Schwester! Welche Wärme, welche Verbundenheit und Janigkeit klingt aus dem Wort!

Bruder! Welche Treue und Liebe bringt aus dem Wort in unsere Seele!

Wie so ganz anders als das Heute muß doch dieses Morgen der Schwestern und Brüder sein. Einiges Brüderium heißt diese Welt. Gemeinschaft ist ihr heiliger Name.

Schwester, Bruder, Gemeinschaft — und doch du, ganz du, dein Schwester- und Brüderium, es ist nichts Schwaches, kein Zerkentum, kein Anlehen an den anderen ohne die eigene Kraft. Schwester und Bruder! ist der überschwellende Jubel einer kämpfenden Seele, und darum drängt sich dann in der Geschichte der Schreie nach Neuem, nach neuem schwächerlich-brüderlichem Sein in die Welt, wenn die Not ins Unerträglich geliegt ist und das Gären der Zeit eine historische Bedeutung hat.

Glaube an Schwester- und Brüdersein ist Kampferglaube. Nur dann ist Schwester- und Brüderglaube Segen und Stark, wenn er im eigenen kämpfenden und freien Herzen vorhanden ist.

Schwärmen kann man von Schwester und Bruder auch außerhalb der Welt, in Wädhern verstruken und in Untätigkeit träumend, aber der lebendige Brüderglaube der kämpfenden Tat erst gibt dem Brüderglauben Charakter und Stolz und Freiheit.

Ist das vielleicht Brüderfühl, sich schwärmend zu erbauen an einem Traumbild, aber das Leben da drauß so grausam zu lassen und so ungerecht und so hart und so unbrüderlich lieblos?

Wir wollen Recht! Wir wollen ein soziales Dasein! Und nur die Tat zu der sozialen Freiheit, wie sie unter Kampferband erstrebt, gebietet aus sich heraus einzuatmen das herrliche lebendige Schwester- und Brüderium einer neuen Zeit.

Sonders an der neu erbauten „weißen Wanne“, sehr schnell heraus, daß trotz angelegentlichsten Schutzes Verdienste von, sage und schreibe, an der weißen Wanne 66,6 Pf. und an der halbweißen Wanne 79,6 Pf. erzielt werden konnten.

Nach dem Ausschluß des früheren Syndikats des Silbeshheimer Arbeitgeberverbandes jedoch mühten die Glasarbeiter unter allen Umständen den Schlichterarbeiten in der Metallindustrie gleichgerichtet werden. Das würde, auf den Lohn angewandt, für uns bedeuten, daß die Firma, die doch sonst immer eifrig alle Forderungen ihres Syndikats kräftig unterstreicht, wenn sie sich gegen die Arbeiterhaft richten, durchschnittlich 110 bis 120 Wiener Stundenlohn zu zahlen hätte.

Man betrachte aber die jammervollen Verdienste unserer Kollegen, die teilweise in der Vorkriegszeit bedeutend höher waren. Was Wunder, daß die Vorkriegszeit den unter dem Druck der langen Arbeitslosigkeit abgeschlossenen Vertrag schleunigst wieder kündigten und Lohnforderungen einreichten. Nach langen, allzulangen Verhandlungen fällt endlich der Schlichtungsausschuß Silbeshheim einen Spruch, wonach die Firma die Verdienste der weißen Wanne um 15 Proz., die der halbweißen Wanne jedoch um 5 Proz. zu erhöhen hat. Eine Lohnhöhung ist damit jedoch nur für die weiße Wanne zugestanden, und zwar um 10 Proz. Denn die darüber hinaus zugebilligten 5 Proz. waren vor der Stilllegung schon als Ergebnis eines Schlichtungsspruches desselben Schlichtungsausschusses gezahlt worden. Die Wiedereingliederung stellte also nur den im Jahre 1925 anerkannten Zustand wieder her, ohne der Verschlechterung der inzwischen eingetretenen Lebenshaltung auch nur annähernd gerecht zu werden.

Wer nun glaubt, die Firma habe sich dieser Selbstverständlichkeit gebeugt, hat ganz falsche Vorstellungen von dem sozialen Gewissen und dem Gerechtigkeitsgefühl der Arbeitgeber schlechtweg und der Werkleitung der Silbeshheimer Glashütten A.-G. besonders.

Nein, wie zum Hohn, zahlte man den schlechtbezahlten Kollegen an der weißen Wanne nur 10 Proz. Alle anderen gingen leer aus. Der letzte friedliche Weg, die Verbindlichkeitsklärung zu erlangen, wurde beschritten. Nach mehrmaligem Verhandeln vor dem Schlichter für Hannover, Herrn Regierungsrat Günther, erklärte sich endlich die Firma bereit, der weißen Wanne noch 2 1/2 Proz. zuzulegen. Da wir selbstverständlich der Meinung waren, daß, wenn man schon 12 1/2 Proz. zulegt, man nicht fürcht, wenn die ganzen 15 Proz. gezahlt werden, lehnten wir diesen Vergleichsvorschlag ab und — die Verbindlichkeitsklärung wurde — abgelehnt.

Die Begründung wollt ihr wissen! Nun der Schlichter sagt mit salomonischer Weisheit:

„Die Verbindlichkeitsklärung usw. wird abgelehnt, da die Voraussetzungen für die Verbindlichkeitsklärung nicht gegeben sind, insbesondere nicht zweifelsfrei festgestellt, daß der Schlichterspruch bei Berücksichtigung der berechtigten Interessen beider Teile der Billigkeit entspricht.“

Darauf beschloßen die bis dahin so friedfertigen und langmütigen Kollegen, sich ihr armseliges, vorenthaltenes Recht zu erkämpfen. In der am 14.15. März vorgenommenen Abstimmung stimmten von 138 Akkordarbeitern und -arbeiterinnen 133 ab. Fünf fehlten wegen Krankheit usw. Einwunderliche erklärten sich für Streik. Die erforderliche Dreiviertelmehrheit war damit glatt erfüllt. Die Kündigung des Arbeitseverhältnisses ist eingereicht und wird, wenn nicht die Firma noch in letzter Minute von ihrem unveränderlichen, halbsinnigen Standpunkt abgeht, ein Kampf ausbrechen.

An die Glasmacherkollegen im Reich wenden wir uns mit der dringenden Bitte: Hebt strikte Solidarität; erkundigt euch erst, falls ihr in die Fremde geht, ob irgendwo eure Kollegen im Kampf stehen. Bei uns in Silbeshheim ist dies der Fall. Also meidet Silbeshheim. Dein. V. Hillebrandt.

### Lohnerhöhung für Schleifereiarbeiter.

In der Abteilung Schleiferei der Spiegelglaswerke „Germania“ in Porz war es den Gewerkschaften gelungen, das Dreischichtensystem einzuführen. Die geringen Stundenlöhne veranlaßten die Arbeiter, die Gewerkschaften erneut zu beauftragen, eine Erhöhung ihres Einkommens durchzusetzen. Es wurde verlangt, daß der Ausfall der Arbeitsstunden in erhöhten Stundenlöhnen gezahlt werden sollte. Nach wiederholten schwierigen Verhandlungen ist es uns gelungen, eine Vereinbarung zu treffen, die ab 1. März vorliegt, daß die bisherigen Stundenlöhne um 12 Proz. erhöht werden. Die Lohngestaltung zeigt nun folgendes Bild:

Die Löhne wurden in den einzelnen Gruppen wie folgt erhöht:	
Alter Lohn	Neuer Lohn
von 62,7 Pf.	auf 70,7 Pf. pro Stunde
64	72,3
65,9	74,3
67,2	75,3
68,5	76,7
70,5	79
71,8	80,4
73,8	82,7
75	84
76,5	85,7

Dieses Abkommen läuft mit sechswochentlichem Kündigungsfrist erstmalig kündbar zum 1. März 1928.

Die Löhne in den übrigen Betriebsabteilungen sind gleichzeitig sehr verbesserungsbedürftig. Die Verhandlungserwartung der Arbeiter in diesen Abteilungen geschlossen hinter den Betriebsrat und die Organisation stellt, erst dann ist die Grundlage geschaffen, Verbesserungen durchzusetzen. R. Hertwig.

### Warnung!

Durch die vielen Arbeitsangebote, die der Firma Glas- und Metallerie G. Jensen, A.-G., Dornbach a. Rhön, unter Umgehung des Arbeitsnachweises zugehen, sehen wir uns veranlaßt, unsere Kollegen zu warnen, Arbeitsangebote an die Firma zu machen, denn die Verhältnisse am Ort sind nicht die richtigen. Wir geben bekannt, daß alle Stellen besetzt und genügend arbeitslose Schmiedler am Ort vorhanden sind.

Der Arbeitsnachweis befindet sich in den Händen des Kollegen Kurt Budach, Dornbach a. Rhön, Glasfabrik Jensen. Der denselben umgeht, hat die Konsequenzen selbst zu tragen.

### Geht nicht nach Neval!

In Neval soll, wie uns mitgeteilt worden ist, eine neue Glasfabrik unter dem Namen „Espolaa“ eingerichtet worden sein. Die Firma wird scheinlich wieder verlassen, von Deutschland Arbeiter zu erhalten. Unser hiesiger Leiter ist ein Herr Hannsfüll berufen worden. Nach den uns gewordenen Mitteilungen scheint der Herr nicht geeignet zu sein. Vertrauen zu erwecken, und es besteht die Gefahr, daß unsere Kollegen bei Arbeitsaufnahme in Neval großen Unannehmlichkeiten ausgesetzt sein könnten. Wir warnen deshalb vor Arbeitsaufnahme auf dieser Fabrik.

### Lohnunterschiede.

Die Glasfabrik Bermet in Diel in Holland hat ihren Arbeitern eine 15 Proz. Lohnreduktion angekündigt. Die Kollegen haben dagegen Stellung genommen, die Lohnreduktion abgelehnt, deshalb stehen ernste Differenzen bevor. Sollte die Firma in Deutschland Streikbrecher suchen, so ist den Agenten die gebührende Antwort zu geben.

# Die Schiedssprüche für verbindlich erklärt?

## Abbruch der Aussperrung.

Das Reichsarbeitsministerium erklärte die zum Tarif- und Lohnstreik für die feinkeramische Industrie gefällten drei Schiedssprüche am 2. April für verbindlich.

Daraufhin trafen die beteiligten Tarifparteien die Vereinbarung, die beiderseitig getroffenen Kampfmaßnahmen (Aussperrung, Kündigungen, Streik) zurückzunehmen und den Wirtschaftsfrieden wieder herzustellen. Maßregelungen dürfen nicht vorgenommen werden. Die Arbeit ist nach betriebstechnischen Möglichkeiten baldmöglichst anzunehmen. Die bisher erworbenen Rechte erfahren keine Schmälerung.

Damit sind die Tarif- und Lohnkonflikte für die feinkeramische Industrie beigelegt. Der Streit fand durch das Eingreifen des Reichsarbeitsministeriums sein Ende. Ob aber der Frieden von Dauer sein wird, hängt davon ab, wie sich die Unternehmer verhalten werden. Hoffentlich haben sie aus dem Gang der Dinge gelernt, wie man es nicht machen darf. Die Politik, die wir als Syndikalisten bezeichnen, brachte eine Niederlage mit unruhigen Opfern, die leicht eripart werden können. Die Leidtragenden, denen sicher die Kampfmaßnahmen mehr kosteten, als die Tarifverbesserungen und Lohnerhöhungen für ein Jahr ausmachten, müssen sich bei ihren Strategen bedanken. Diese allein verursachten, befristet mit zu starker Kurzsichtigkeit, den Schaden.

Die feinkeramischen Industriellen sind besser dran, wenn sie sich in Zukunft mehr um ihre eigentlichen Geschäfte, und weniger um Scharfmacher- und Kampfmaßnahmen kümmern. Den Rat mögen sie hinnehmen. Denn Ludenborji-Methoden führen nie zum Erfolg und Sieg.

Das für heute.

Nun noch einige Angaben zum Festhalten geschichtlicher Begebenheiten.

Die Aussperrung zum 26. März trat in Wirksamkeit und ergoß 40 000 Beschäftigte in Bayern, Schlesien, Ostböhmen, Nord- und Mitteldeutschland in Willeibenschaft. Fast alle Betriebe in diesen Gebieten kamen zum Stillstand. Die restlichen 20 000 noch in der feinkeramischen Industrie Beschäftigten in Sachsen, Westböhmen, Rheinland und Süddeutschland waren zum 2. April gekündigt. Die Arbeitgeber der feinkeramischen Industrie hatten es also auf eine Machtprobe abgesehen. Auf Friedenswillen ließ das nicht schließen.

Da die Aussperrung noch nach der Fällung der Schiedssprüche am 25. März durchgeführt wurde, nahmen die Unternehmer den Kampf gegen zwei Fronten auf, in erster Linie gegen das Reichsarbeitsministerium, und erst in zweiter gegen die Arbeiterschaft. Anscheinend konnten es die Arbeitgeber absolut nicht fassen, daß ein vom Reichsarbeitsministerium bestellter Schlichter nicht zu ihren Gunsten entschied und einmal den Arbeitern etwas gerecht wurde.

Mit der Durchführung der Aussperrung am 28. März ließen die Industriellen der feinkeramischen Industrie erkennen, daß ihre Behauptungen, ihre Industrie könne die in den kleinen Tarifverträgen enthaltene Belastung nicht ertragen, auf keinen Fall der Wahrheit entsprechen könnten. Wenn eine Woche Aussperrung und die damit verbundene Betriebsstilllegung als aussichtsloses Kampfobjekt auf sich genommen werden kann, dann doch erst recht ein bis zwei Tage Urlaub und einige Pfennige Lohn. Die eiligen Aufträge, weswegen die Überstunden verlangt werden, hatten nun auf einmal auch Zeit, in manchen Betrieben gar bis zu vier Wochen. Diese bedeutend viel größeren Kosten müßten nun getragen werden. Diese Logik ist echte Unternehmerlogik. In Zahlen ausgedrückt bedeutet die Lösung des Unternehmer-Reden- und Kampfsproblems: Wir müssen Millionen Verluste auf uns nehmen, um Hunderttausende zu retten. In diesem Geist und mit derartigen Methoden wird die feinkeramische Industrie Deutschlands geführt. Damit will sie die Konkurrenz belächeln? Wenn in geschäftlicher Hinsicht auch auf anderen Gebieten unserer Industrie so gerechnet und gehandelt wird, dann ist es wahrlich an der Zeit, daß mit gewerkschaftlichem Druck die Arbeitgeber der Feinkeramik aus ihrem alten Drott gerissen, und daß sie zu vernünftigeren Geschäftspraktiken gezwungen werden.

Wenn die Leiter der feinkeramischen Betriebe etwas mehr Einmütigkeit aufbringen, mit ihren Belegschaften zusammenarbeiten und gerechter denken lernen, können sie ein ruhiges Leben haben. Fabren sie aber in ihrer alten Weise fort, die Arbeiterschaft zu schikanieren, zu bedrücken und zu überverteilen, dann werden sie zur Raision gebracht.

Sie mögen jetzt schon zur Kenntnis nehmen, daß die gestellten Forderungen aufrecht erhalten bleiben. Ihre Erfüllung ist eine Notwendigkeit. Die organisierte Arbeiterschaft kämpft weiter. Die deutsche Wirtschaft braucht erhöhte Intensität zu ihrem geregelten Fortschritt. Dazu werden die feinkeramischen Arbeiter und Arbeiterinnen ihr Teil redlich beitragen.

## Die Tarifverhandlungen im Reichsarbeitsministerium.

Zum Verlauf der Verhandlungen vom 21. bis 25. März im Reichsarbeitsministerium ist noch nachzutragen:

Der Vorsitzende, Herr Ministerialrat Dr. Hauschild, verwies in seiner Begründung darauf, daß er wünsche, falls weder die Erwartungen das Verfahren nicht bis zum 26. beendet sei, die gegenseitigen Kampfmaßnahmen einzustellen. Von unserer Seite wurde ihm entgegengelehnt, daß das wohl kaum möglich sei. Ein besseres Mittel zur Beilegung des Konfliktes seien ernsthafte freie Verhandlungen zwischen den beiden Parteien. Der Sprecher der Unternehmer, Dr. W. A. r. e., hielt den Vorschlag für einen nicht ungeschickten taktischen Zug, lehnte ihn jedoch für seine Seite ab. Das Unbeimstellen habe er nicht für Ernst gehalten. Die Forderungen der Gegenseite lasse übrigens jeden guten Willen zur freien Einigung vermissen. Dabei erwähnte er auch, die Verhandlungen in Leipzig seien durch die Schuld der Arbeitnehmerbeisitzer infolge Ausbleibens aus dem Schiedsgericht geplatzt. Darauf mußte ihm allerdings deutlich zu verstehen gegeben werden, daß unsere Kollegen nur deshalb die Schiedsgerichtsbarkeit labulegten, weil die Arbeitgeberbeisitzer keinerlei Entgegenkommen und nicht einen Funken guten Willen zur Einigung erkennen ließen. Das sei die Ursache für den Verlauf der Dinge gewesen.

Nach diesem Vorpiel gingen die Arbeitgebervertreter doch darauf ein, freie Verhandlungen unter dem Vorsitz des genannten Schlichters zu führen.

Dann wurden die Hauptstreitpositionen: Urlaub, Ueberzeitarbeit, tarifliche Schiedsinstanzen und Lohn nacheinander behandelt.

Die Unternehmer führten als Begründung für ihr Verhalten und ihre Forderungen an all das, wovon sie schon einmal redeten. Im Urlaub gebe die Regelung in der feinkeramischen Industrie über die Allgemeinregelung für die gesamte Industrie hinaus, deshalb verlangten sie Abbau. In der Inflationszeit sei längerer Urlaub für die Werke noch zu ertragen gewesen, aber jetzt nicht mehr. Die langjährige Beschäftigung der Arbeiter

## Aufnahme der Arbeit.

in einem Werk sei eine zu starke Urlaubsbelastung. Ferner müsse berücksichtigt werden, daß die Hauptkonkurrenzländer Tschechoslowakei und Japan wenig und keinen Urlaub gewähren.

Die Lage der feinkeramischen Industrie sei schlecht. Sie sei im Jahre 1926 nur zu 67 Proz. ihrer Leistungsfähigkeit ausgenutzt worden. Ein großes Werk stände vor der Stilllegung. Die englischen Postwünsche seien vom „Peram. Bund“ soviel wie möglich unterstützt worden. England, das früher gute Ware kaufte, halte sich jetzt am Ausschub. Der Inlandsabsatz sei völlig ungenügend.

In der Ueberzeitarbeit wäre das alte Abkommen tragbar gewesen. Mit ihm sei kein Mißbrauch getrieben worden. Für die Brenner müsse eine Ausnahme verlangt werden, damit jeder Schichtbrenner seinen Brand durchführen könne. Die Gegenseite möchte neue Vorschläge machen; über die Forderungen in der Ueberzeitarbeit könnte nicht geredet werden.

Ihre Effektivlohnstatistik von mehr als 75 Proz. der Betriebe weise nach, daß die über 24 Jahre alten Sacharbeiter Stundenverdienste von 102 Pf. in der Ortsklasse A, 86,4 in B und 80 in C hätten. Für die über 24-jährigen Sacharbeiter im Zeitlohn seien 84, 69 und 67 Pf. ermittelt worden. Die erfahrenen Angelernten hätten 63, 58 und 55,9 Pf. nach ihren Ermittlungen. Für Porzellan wären die Preise stark gemindert worden, so daß Kaffeefervice für 2,25, 2,40 und 2,50 Mk. auf der Messe verkauft worden seien.

Auf dem amerikanischen Markt nehme nun Japan die erste Stelle ein, in Frankreich die Tschechoslowakei. Nach einer Statistik von Professor Dr. Vershopen sei der Anteil an den Herstellungskosten für Porzellan von 37 auf 47 gestiegen. Die schließlichen Porzellanarbeiterlöhne lägen über dem Durchschnittsniveau. Er wundere sich, daß die Arbeitgebervertreter, die doch angeblich alles so gut mühten, noch keinen Betrieb übernommen und verbündlich ausgestaltet hätten.

In diese allbekanntesten Begründungen floßen noch so manche Raritäten und Schaffigkeiten hinein.

Die an der Aussprache beteiligten Arbeitgeber nahmen meist zu angechnittenen Betriebsangelegenheiten das Wort. Soweit sie allgemeine Fragen behandelten, war zu erkennen, daß sie fast nur nach ihren betrieblichen Gesichtspunkten Stellung nahmen. Von ihnen sprachen Gramsch, Lintucht, Heubach, Cronn, Purich, Dr. Richter, Simson, Dr. Keme, Heeg.

Unsere Kollegen blieben den Unternehmern keine Antwort schuldig. Sie verwiesen darauf, daß in der Urlaubsfrage die Porzellanarbeiterschaft mit ihrer hohen Sterblichkeitsziffer nicht mit der anderen Industriearbeiterschaft gleichgestellt und gar auf den untersten Stand gedrückt werden dürfe. Uebrigens hätten das bereits eine Anzahl maßgebender feinkeramischer Industrieller selbst anerkannt. In der Anwesenheit auf die Konkurrenz von Japan und der Tschechoslowakei hinzuweisen, sei mehr als naiv. In der Tschechoslowakei betrage der Anfangsurlaub schon sechs Tage, und außerdem hätten dort die Porzellanindustriellen aus eigenen Mitteln zum Unterhalt des Gesehensheim für Arbeitnehmer der Porzellanindustrie in Sangerberg beigetragen. Von Jahr zu Jahr einen Urlaubsabbau vorzunehmen, sei nun nicht mehr zu ertragen. Der Porzellanarbeiter muß aus Gründen der Volkswohlfahrt und infolge der größeren Tuberkulosegefahr einen Urlaub im verlängerten Maße haben. Ferner müßten aus dem Tarif all die Paragraphen kommen, mit deren Hilfe einige Unternehmer unter dem Deckmantel „Stilllegung“ den größten Teil ihrer Leute um den Urlaub bringen, damit derartige verbitternde und unfaire Ungerechtigkeiten vermieden werden.

Wegen der Ueberstunden konnte von uns darauf verwiesen werden, daß schon ohne Ueberzeitabkommen die notwendigen Ueberstunden verrichtet wurden. Manche Betriebe gingen dazu über, das letzte Abkommen so durchzuführen, daß die 45stündige Wochenarbeitszeit die Regel wurde. Diesem Mißbrauch müsse schon im Interesse der lokal ausliegenden Betriebe Einhalt geboten werden. Die Arbeiterschaft hatte unter den üblen Erfahrungen des letzten Jahres zu leiden und muß nun eine Verbesserung verlangen, damit sie vor Ueberverteilung geschützt ist. In der Brennerfrage lasse sich eine Einigung erzielen.

In der Lohnfrage siehe es so, daß die Arbeiter mit den Löhnen nicht recht existieren und ihre Arbeitskraft erhalten könnten. Die Arbeiterschaft habe es satt, kein Opfer für die Industrie zu bringen, während die Arbeitgeber gar nicht daran denken und die Löhne im Uebermaß auf die Arbeiterschaft abwälzen. Die angegebenen Gründe der Arbeitgeberseite könnten auf keinen Fall anerkannt werden; denn die Statistiken und Erhebungen seien nicht immer auf einwandfreie Weise zusammengestellt. So hätten eine Anzahl Betriebe bei der Berechnung der Effektivverdienste nur 45stündige Arbeitszeit in Anrechnung gebracht, in Wirklichkeit habe sie 51 und mehr Stunden betragen. Wenn die Erhebungen über den Lohnanteil eine Erhöhung von 37 auf 47 Proz. ergeben hätten, so gebe daraus hervor, daß der Anteil durch Steigerung der Gehälter sich erhöht habe; denn in der fraglichen Zeitperiode seien die Löhne eher gemindert als erhöht worden.

Die Ausrichtung der Betriebe mit 67 Prozent anzugeben, entspräche auch nicht den Tatsachen; denn im Jahre 1926 ergäben die Ziffern für Export und Inlandsabsatz für die erfaßten Betriebe mit 100 000 Tonnen Leistungsfähigkeit rund 76 000 Tonnen Produktion, also 76 Proz. Produktionskapazität. Außerdem weise die Statistik einen jährlich steigenden Export für feinkeramische Erzeugnisse, wie speziell für Porzellan mit Ausnahme der Isolatoren nach. Die Leistungen seien geliegen. Die Brennkosten hätten sich vermindert durch bessere Ausnutzung der Deisen sowie durch Verringerung der Brennkosten infolge Einführung von Brennstoffeuerung und konnte noch mehr reduziert werden durch Umstellung auf Kohlenstauffeuerung.

Wenn immer von der schlechten Lage der feinkeramischen Industrie geredet werde, so sei es eigentlich, daß mit seltenen Ausnahmen aus Fabriken die angeblich schlimmsten Zeiten zu überstehen vermochten und ein Teil sogar Dividenden verteilen und Zusammenlegungen vornehmen konnte. Ja, sogar kostspielige Neubauten konnten vorgenommen werden.

Es sei doch ein unbilliger Zustand für die feinkeramische Industrie, daß gar nicht mehr existenzberechtigte Betriebe auf Kosten der Arbeiterschaft durch die schlimmsten Zeiten hindurchgeschleppt würden, und daß auf die zurückgebliebenen Werke das normale Lohnniveau aufgebaut werde.

Die Zeiten seien vorbei, in denen nur die Wünsche der Arbeitgeber berücksichtigt werden könnten. Die Gewerkschaften ständen wieder so da, daß sie ihre Forderungen auch mit Nachdruck durchzusetzen vermöchten, wenn kein Verständnis zu erwarten sei.

Alles in allem, unsere Kollegen blieben die Antwort in keiner Weise schuldig.

Die freien Verhandlungen zeitigten kein Ergebnis. Die Unternehmer lehnten alle Hoffnung auf den Schlichter.

Die Tätigkeit des Schiedsgerichts sahke dann der Vorsitzende in dem Spruch zusammen, der der Kollegenschaft schon bekannt ist.

Unsere Kommission nahm ihn an. Die Unternehmer lebten ihn ab. Von unserer Seite waren an den Verhandlungen beteiligt die Kollegen Erdmann, Frenzel, Griessbach, Hoffmann, Großmann-Dannover, Abel, Karl und Renninger.

